



26. Oktober 2018

Fakten statt fake news – Vom Nutzen von visionären Forschungsprojekten

Grusswort von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich des Symposiums zum 15-jährigen Bestehen des Zürcher Projekts zur sozialen Entwicklung von der Kindheit ins Erwachsenenalter

Sehr geehrte Damen und Herren
Geschätzte Vorredner

Wenn ich so in die Runde schaue, fühle mich überaus geehrt, in diesem Kreis von Expertinnen und Experten auftreten zu dürfen – herzlichen Dank für die Einladung.

Die Untersuchung von 1675 Schülerinnen und Schülern in acht Erhebungswellen setzt Massstäbe und ist von grossem Wert – für die Politik, für Sie als Expertinnen und Experten sowie für die interessierte Gesellschaft. Die Studie gibt uns Einblick in die Entwicklung der Grundgesamtheit der Schülerinnen und Schüler im Verlauf der Zeit.

Das Verständnis von Trends in Schülerpopulationen ist genau die Grundlage, die wir zwingend brauchen, um Probleme frühzeitig erkennen und adressieren zu können. Und das ist die grosse Chance, die sich aus der Studie ergibt.

Die Schülerpopulation hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert: Wir wurden Zeugen einer zunehmenden kulturellen Diversität. Im Vergleich zu den 1990er-Jahren gibt es heute mehr Kinder, deren Eltern aus einer anderen Kultur stammen, die selbst aber in der Schweiz geboren wurden.

Das zeigt uns, dass uns in der Schweiz Integration gelingt: Migrantinnen und Migranten absolvieren ihre gesamte Schulkarriere bei uns. Sie tauchen ein in unsere schweizerische Gesellschaft und sind vertraut mit den Normen, die uns wichtig sind. Gleichzeitig ist es für unsere Gesellschaft eine Bereicherung, wenn sich ein grosser Anteil unserer Schüler und Schülerinnen in mehr als einer Kultur zu Hause fühlt. Von dieser Kulturkompetenz der heranwachsenden Schülergeneration profitieren wir alle. Genauso wie von der Brückenfunktion, die diese Generation in Bezug auf die Herkunftskultur ihrer Eltern einnehmen kann.

Wir sind aber nicht naiv: Migration fordert eine Gesellschaft auch heraus. Im schlechtesten Fall kann sie eine Gesellschaft auseinanderdividieren, so wie wir das aktuell in Deutschland erleben. Dort wo Belastungen entstehen, müssen wir hinschauen, analysieren und handeln. Dabei helfen uns aber nicht diffuse Gefühle, Halbwissen oder hysterisch geführte Debatten auf den sozialen Medien. Sondern Daten, Fakten und evidenzbasierte Analysen – also so etwas wie z-proso.



Studien wie z-proso sind keine Selbstverständlichkeit. Es braucht ein besonderes gesellschaftspolitisches Klima, um Untersuchungen zu ermöglichen, die im Längsschnitt, über Jahre hinweg, soziale Entwicklungen nachzeichnen, Probleme identifizieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Die Grundlagen für solche Studien zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe für engagierte Politikerinnen und Politiker. Gerade in einer Zeit, in der es populär geworden ist, dass Politik über Hashtags und einfache Reflexe agiert und den Wert ihrer Ideen über "likes" und "Daumen hoch"-Symbolik definiert, ist eine Gegenreaktion notwendig. Das heisst: Wir müssen den Mut und den Willen haben, Entwicklungen anzustossen, von deren Ergebnissen wir in unseren Amtszeiten noch nicht direkt profitieren können. Sei es in der Forschung oder in anderen gesellschaftlich relevanten Gebieten.

Z-proso wurde von solchen Visionären angestossen. Visionäre also wie Roland Zurkirchen und Michael Eisner. Sie schufen eine beispielhafte Grundlage, um auf der Basis wissenschaftlich gewonnener Erkenntnisse wichtige gesellschaftliche Themen zu diskutieren. Und so letztlich unsere Gesellschaft weiterzubringen.

Wie wichtig ein langer Atem in der Forschung ist, zeigt die Analyse der Kriminalitätsentwicklung. Von den 90er-Jahren bis Mitte der nuller Jahre hat Jugend-Kriminalität stark zugenommen. Das gilt insbesondere für sexuelle Gewalt und andere Delikte gegen Leib und Leben. Im gleichen Zeitraum erlebte die Schweiz eine Einwanderungswelle. Wie praktisch: Die Kinder von Migrantinnen und Migranten sind natürlich für die Zunahme der Kriminalität verantwortlich...

Glücklicherweise sind wir dank der Ausdauer der z-proso-Wissenschaftler in der Lage, diesen Befund in einen breiteren Kontext zu stellen und zu hinterfragen. Betrachten wir nämlich einen längeren Zeitraum, sehen wir, dass nach einem Höchststand der Kriminalität in den nuller Jahren die sexuelle und nicht-sexuelle Gewalt unter Jugendlichen wieder massiv zurückgegangen ist. Und dies, obwohl die Zuwanderung in diesem Zeitraum nochmals deutlich zugenommen hat.

Als Pädagogin, die im Zürcher Kreis 4 in der ersten Hälfte der 90er-Jahre eine kulturell sehr diverse Schulklasse unterrichten durfte, weiss ich natürlich, dass grosse Migrationswellen uns vor grosse Herausforderungen stellen. Und selbstverständlich auch Risiken nach sich ziehen.

Als Politikerin, die dank z-proso das ganze Bild vor sich sieht, sehe ich aber auch, dass die Wirklichkeit nicht so eindimensional ist, wie es einige Berufskollegen von mir sehen.

Und darin, geschätzte Damen und Herren, sehe ich meine Verantwortung: Dass ich, gestützt auf Fakten und untermauert durch starke Analysen, allzu einfache Lösungen hinterfrage und "hashtag-Reflexe" pariere.



So sind offensichtlich Kinder von Migrantinnen und Migranten weder Schuld an der Zunahme noch an der Abnahme von Jugendkriminalität. Weiter gilt: Die Häufigkeit von Gewaltdelikten geht zurück. Das freut uns alle – und mich als Justizministerin ganz besonders.

Weniger erfreulich ist, dass Opfer heute ein grösseres Ausmass an Gewalt erleiden, als dies früher der Fall war. Das stimmt mich nachdenklich, zumal Opferanliegen auch zu meinen Aufgaben gehören.

Ich bin überzeugt: Wir müssen uns den Interessen der Opfer noch intensiver annehmen. Auf den ersten Blick haben alle viel Sympathien für die Opfer von Straftaten. Wenn es dann allerdings ums Geld geht, gehen rasch viele Sympathien verloren. Bis heute sind wir beispielsweise nicht bereit, einem Opfer, das als Nebenklägerin oder Nebenkläger in einem Prozess auftreten möchte, einen unentgeltlichen Anwalt zur Seite zu stellen.

Aber nicht nur wenn es um Geld geht, verläuft die Sympathie für Opfer oft ins Leere. Zuweilen beobachte ich auch, dass Opferschutz durch eine möglichst strafende Haltung gegenüber dem Täter ersetzt wird. So sind wir mit Forderungen konfrontiert, Täter bei Wasser und Brot einzusperrern – und die Schlüssel zur Zelle am besten gleich wegzwerfen.

Forderungen nach drakonischen Strafen nützen Opfern aber genauso wenig wie das Ignorieren von Problemen oder das aktive Wegschauen gegenüber konflikthafter Entwicklungen.

Das Leiden von Opfern schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten ist meist grausam belastend – für die Betroffenen, wie für ihr Umfeld. Es ist belastend, einem Menschen zur Seite zu stehen, der leidet und verzweifelt ist. Der etwas erlebt hat, das nicht rückgängig gemacht werden kann. Es ist vielleicht sogar Ausdruck eines Reflexes von Menschlichkeit, wenn man das nicht aushält und sich dem entzieht. Das Opfer mit seinem Schmerz allein lässt.

Gegen all diese Reflexe muss sich die verantwortungsvolle Politik aber stellen. Es ist unsere Aufgabe, Opfer zu schützen und ihnen eine Stimme zu geben. Eine Stimme, die sich auch wirklich für die Betroffenen einsetzt. Mit einer "Rübe-ab-Rhetorik", wie sie an Popularität gewinnt, ist niemandem geholfen.

Wir müssen Opfern von Gewalt gute Unterstützungsangebote zur Verfügung stellen. Und wir müssen diese Angebote bekannt machen. Deshalb hat die kantonale Opferhilfestelle die Kampagne #zukrass lanciert.

Wir müssen unsere Ermittlungsbehörden darin schulen, wie sie Opfer befragen. Deshalb wird das Kriminalistische Institut im kommenden Jahr eine Ausbildung für alle Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in der Befragung traumatisierter Opfer anbieten.

Wir müssen Opfern Akzeptanz entgegenbringen: Wir leben in einer Zeit, in welcher "Opfer" unter Jugendlichen ein Schimpfwort ist. Dieser Sarkasmus ist Spiegelbild des Umgangs von uns Erwachsenen mit den Personen, denen es am schlechtesten geht.



Opferschutz und "Arbeit" mit den Tätern geht Hand in Hand. Wir schützen Opfer, indem wir uns für Risikoverminderung und Wiedereingliederung einsetzen. Jugendliche Straftäter können in der Schweiz glücklicherweise nicht verwahrt werden. Wir müssen und wollen sie möglichst rasch wieder in die Gesellschaft eingliedern. Dass dies gut gelingt, dafür setzen sich unsere Fachleute aus den Jugendanwaltschaften, in enger Zusammenarbeit mit vielen von Ihnen, täglich ein. Harte Strafen und Abschreckung, auch das wissen wir aus der Forschung, senken das Rückfallrisiko nicht – im Gegenteil.

Dass wir, liebe Anwesende, hier gegen den politischen Mehrheiten-Strom schwimmen, ist uns bewusst. Das Ringen um eine rationale Kriminalitätspolitik, um entsprechende Ausgestaltung des Sanktionenvollzugs und um Reformen findet in der politischen Arena der jeweiligen Zeit statt.

Je näher ich an die Thematik herankomme, desto überzeugter bin ich: Mehr Gesetzparagraphen schaffen nicht mehr Sicherheit und Vertrauen in der Bevölkerung. Darin sehe ich mich von der Forschung bestätigt. Die Forschung macht auch klar: Politikerinnen und Politiker, die Angst verbreiten und mit ihrem Parteiprogramm mehr Sicherheit durch Härte versprechen, arbeiten in erster Linie für ihre Wiederwahl und nicht für die Sicherheit der Bevölkerung.

Die Daten von z-proso sind gerade bezüglich des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung interessant: Sie zeigen, dass Jugendliche sich heute deutlich weniger bedroht fühlen. Populistische Stimmen können die angebliche Angst der Bevölkerung vor der grassierenden Kriminalität also noch so hochzuschreiben versuchen – die Realität ist eine andere. Die Kriminalität nimmt ab. Die Menschen spüren das, und zeigen weniger Angst.

Das zeigt uns eindrücklich, wie vernünftig vieles funktioniert. Wir merken offensichtlich, wenn es Grund zur Sorge gibt – und wann das weniger der Fall ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Abschluss nochmals festzuhalten: Wir leben in einer sicheren Zeit. So sicher wie jetzt war es noch nie.

Dass es weiterhin so bleibt; dass sich die Situation nochmals verbessert – das ist ein Auftrag an die Politik, den ich als Justizministerin gerne annehme.

Dafür zähle ich auf Ihre Unterstützung. Ich zähle darauf, dass Sie mir eine Informationsgrundlage schaffen. Dass Sie mir Wissen vermitteln, das uns für zukünftige Präventions- und Interventionsstrategien nützlich ist. Und natürlich wünsche ich mir dafür die bestmögliche wissenschaftliche Qualität. Eine Qualität, wie sie z-proso bietet.
Herzlichen Dank!